

Beschluss der 22. Beiratssitzung
vom 07.07.2021

*

Tagesordnungspunkt:

Aktuelle Entwicklungen beim Übergangwohnheim „Am Rastplatz“

Beschluss:

Der Beirat nimmt die Ausführungen der Sozialsenatorin sehr ernüchert zur Kenntnis.

Er bedauert, dass nach vier Wochen keine neuen Informationen zum Bauverfahren etc. berichtet werden konnten. Er erneuert seine Forderung, dass die von Herrn Staatsrat Jan Fries zugesagte Durchführung einer umfangreichen Lärmschutzmaßnahme unabhängig von Verpflichtung oder Freiwilligkeit. Die Aussage der Senatorin und Fr. Dr. Kodré zum Lärmschutz in Bezug auf die neue Nutzung zum allgemeinen Wohnen sind mehr als enttäuschend.

Er ist gespannt auf die Definition zum Thema "Abschluss in Kürze" und nimmt die Nennung der maximalen Belegung von 107 Personen zur Kenntnis.

Er erwartet, dass das Bauressort und Immobilien Bremen in der Beiratssitzung nach der Sommerpause zum aktuellen Stand des juristischen Verfahrens und des Bauantrages vorträgt.

Er stellt fest, dass das sofortigen Umschwenken von Übergangwohnheim auf dauerhaftes Wohnen eine Beteiligung des Beirates an der Nachnutzung nun vorerst unmöglich gemacht hat. Er fühlt sich weiterhin nicht im Verfahren ehrlich mitgenommen.